

28.06.2017 - 15:17 Uhr

Media Service: Steuerhinterziehung: Weitere Staaten fordern UBS-Kundendaten an

Zürich (ots) -

UBS-Kunden droht neuer Ärger durch Amtshilfegesuche: Nach Frankreich, Spanien und jüngst Österreich und Polen erwägen weitere Staaten, bei der Eidgenössischen Steuerverwaltung Amtshilfegesuche einzureichen. Das ergaben Recherchen der «Handelszeitung».

Die Amtshilfegesuche basieren auf Informationen, die deutschen Ermittlern 2012 bei einer Hausdurchsuchung der Frankfurter UBS-Filiale in die Hände fielen und die der nordrheinwestfälische Finanzminister Norbert Walter-Borjans vor gut einem Jahr zwanzig europäischen Staaten zur Verfügung stellte. Sie betreffen ein Anlagevolumen von mehr als 100 Milliarden Franken (Stand 2006).

Bereits publik sind die Gesuche von Frankreich, Spanien und jüngst Österreich und Polen. Doch dabei wird es nicht bleiben. Weitere Staaten sind bereits informell bei der Steuerverwaltung vorstellig geworden. Die tschechische Finanzverwaltung teilt mit, sie sei daran, die Daten zu verarbeiten und «ziehe ein Gesuch an die Schweiz in Betracht».

Kontakt:

Nähere Auskunft erhalten Sie unter Tel. 058 269 22 90

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100009535/100804314> abgerufen werden.